

Informationen zur Änderung von Zahlungswegen ab dem 1. Januar 2020 aufgrund des Bundesteilhabegesetzes

Stand 26.08.2019

Die Umsetzung der Vorgaben des BTHG zum 1. Januar 2020 hat Änderungen des Forderungsmanagements für Einrichtungen der Eingliederungshilfe zur Folge. Die Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen, die Änderungen bei den Eigenbeteiligungen bzw. der Vermögensanrechnung und der Grundsatz der Auszahlung der Sozialleistungen direkt an den Leistungsberechtigten machen u. U. umfangreiche Anpassungen der Zahlungswege erforderlich.

Im Hinblick auf die Beendigung von Rentenüberleitungen hat das vom BMAS geförderte Projekt des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“ am 23. Juli 2019 Informationen zur Rentenzahlung ab dem 1.1.2020 veröffentlicht. Diese finden Sie unter folgendem Link:

<https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/service/aktuelles/beendigung-renteneuberleitung/>

Zur Vereinfachung der Zahlungswege für alle am Leistungsgeschehen Beteiligten bietet sich zudem die Teilnahme am SEPA-Basis-Lastschriftverfahren an:

<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/unbarer-zahlungsverkehr/sepa/die-sepa-lastschrift-sepa-direct-debit--602670>

Schließlich bietet sich in geeigneten Fällen die Ermöglichung von Direktzahlungen an. Bei einer Direktzahlung handelt es sich rechtlich nicht um eine Abtretung der konkreten Forderung und begründet auch keinen Auszahlungsanspruch der Einrichtung. Hat der Leistungsberechtigte in die Direktzahlung an die Einrichtung eingewilligt, wird diese zum Empfangsberechtigten; der Kostenträger kann an diese unmittelbar mit befreiender Wirkung leisten. Direktzahlungen sind gesetzlich in § 35 SGB XII und in § 43a SGB XII geregelt. Eine Direktzahlung nach § 43a Absatz 3 und 4 SGB XII für regelbedarfsrelevante Bedarfe an den Leistungserbringer kommt danach nur in Betracht, wenn diese von der leistungsberechtigten Person gewünscht wird oder Zahlungsrückstände aus Stromlieferverträgen vorliegen. Außer in den gesetzlich geregelten Fällen setzt die Vornahme in jedem Falle die vorherige Einwilligung des Leistungsberechtigten voraus. Wirkt die Einrichtung auf diese Form der Zahlungsvereinfachung hin, ist der Leistungsberechtigte vorab über sein Recht zum jederzeitigen Widerruf seiner Einwilligung zu belehren.

Muster für eine Einwilligung zur Direktzahlung der Kosten für Unterkunft und Heizung und für die Einwilligung zur Übersendung von Kopien von Grundsicherungsbescheiden an die Einrichtung finden Sie hier:

Musterschreiben

Einwilligung zur Direktzahlung der Kosten der Unterkunft und Heizung

Name, Vorname des Leistungsberechtigten _____

Geburtsdatum _____

Kontaktdaten des rechtlichen Betreuers bzw. des Bevollmächtigten _____

Einverständnis zur Direktüberweisung der Kosten der Unterkunft und Heizung

Hiermit erkläre ich mich damit einverstanden, dass _____ (Bezeichnung des zuständigen Kostenträgers) die mir zustehenden Sozialhilfeleistungen für Aufwendungen für Unterkunft und Heizung direkt an _____ (Bezeichnung des Leistungserbringers) überweist:

Daten des Trägers/der Einrichtung:

Name des Trägers bzw. der Einrichtung _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Die Direktzahlung soll auf das folgende Konto des Trägers bzw. der Einrichtung überwiesen werden:

IBAN: _____

Name des Geldinstituts: _____

Verwendungszweck: _____

Die Direktzahlung soll ab dem _____ aufgenommen werden.

Sollte mein Anspruch auf die entsprechenden Sozialhilfeleistungen niedriger sein als die geschuldeten Kosten für die Wohnraumüberlassung, werde ich den Teil der oben genannten Kosten, der nicht durch die Sozialhilfe gedeckt wird, selbst an den vorgenannten Leistungserbringer bezahlen.

Ja

Nein

Mir ist bekannt, dass ich diese Erklärung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann.

Ort, Datum

Unterschrift des Leistungsberechtigten oder des
Betreuers / gesetzlichen Vertreters

Musterschreiben

Einwilligung zur Übermittlung von Grundsicherungsbescheiden

Name, Vorname des Leistungsberechtigten _____

Geburtsdatum _____

Kontaktdaten des rechtlichen Betreuers bzw. des Bevollmächtigten _____

Einverständnis zur Übermittlung von Grundsicherungsbescheiden

Ich bin damit einverstanden, dass der Träger der Grundsicherung Kopien der mir zugehenden Bescheide unmittelbar an den _____ (Bezeichnung des Leistungserbringers) übersendet.

Ja

Nein

Mir ist bekannt, dass ich diese Erklärung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann.

Ort, Datum

Unterschrift des Leistungsberechtigten oder des
Betreuers / gesetzlichen Vertreters